

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller, Thomas Url

# Wachstum gewinnt durch Exportdynamik an Schwung – Binnenkonjunktur bleibt verhalten

## Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2015

Getragen von einer starken Exportdynamik wird die österreichische Wirtschaft in der Periode 2011/2015 real um 2,2% p. a. wachsen. Durch die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Konjunkturverbesserung scheint eine Rückführung der Defizitquote auf unter 2% des BIP bis 2015 möglich. Um die Ausgabedynamik nachhaltig zu dämpfen, sind aber grundlegende Strukturreformen notwendig. Die Beschäftigung wird in den Jahren 2011 bis 2015 um 0,6% pro Jahr zunehmen. Da das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot in diesem Zeitraum etwa gleich schnell wächst, ist vor 2014 mit keiner weiteren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen betragen. Auch in den kommenden Jahren werden die Rohöl- und Rohstoffpreise weiter anziehen. Die Anhebung indirekter Steuern im Zuge der Budgetkonsolidierung wird die Inflationsrate im Jahr 2011 um 0,4 Prozentpunkte auf 2,1% erhöhen. Über den Prognosehorizont wird die Inflationsrate durchschnittlich 1,9% p. a. betragen.

Begutachtung: Karl Aiginger, Markus Marterbauer • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: [Josef.Baumgartner@wifo.ac.at](mailto:Josef.Baumgartner@wifo.ac.at), [Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at](mailto:Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at), [Hans.Pitlik@wifo.ac.at](mailto:Hans.Pitlik@wifo.ac.at), [Margit.Schatzenstaller-Altzinger@wifo.ac.at](mailto:Margit.Schatzenstaller-Altzinger@wifo.ac.at), [Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at)

Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise löste in Österreich Mitte 2008 eine schwere Rezession aus. 2009 schrumpfte die Wirtschaftsleistung real um 3,9%. Getragen von einer starken Exportdynamik, nicht zuletzt durch die expansive Geld- und Fiskalpolitik in den großen Wirtschaftsräumen und die rasche Erholung in den Schwellenländern (vor allem in der BRIC-Gruppe), trat Mitte 2009 die Trendwende ein. 2010 wuchs die österreichische Wirtschaft wieder um 2%. Für die Periode 2011/2015 wird mit ein jährliches reales Wachstum von 2,2% prognostiziert. Damit dürfte die österreichische Wirtschaft um etwa ¼ Prozentpunkt schwächer expandieren als in den 10 Jahren vor der Wirtschaftskrise<sup>1)</sup>. Auch das Wachstum des Trendoutputs wird sich verlangsamen<sup>2)</sup>, es wird zwischen 2011 und 2015 mit 1,7% p. a. um etwa ½ Prozentpunkt geringer als in den 10 Jahren vor der Krise (Gaggl – Janger, 2009, European Commission, 2009A, IMF, 2009).

Die Weltwirtschaft – und besonders die Wirtschaft der großen Schwellenländer in Asien und Südamerika – hat die Folgen der Krise schneller als erwartet überwunden und wuchs 2010 real um 4½%. Im Durchschnitt 2011/2015 wird mit einem jährlichen Zuwachs von ebenfalls 4½% gerechnet. Die Belebung des Welthandels bewirkt eine Zunahme der österreichischen Exporte um durchschnittlich 6,2% pro Jahr, die annähernd an die Raten in den 10 Jahren vor der Krise herankommt. Da die Importe mit durchschnittlich +5,8% p. a. etwas schwächer zunehmen, wird der Außenbeitrag das heimische Wirtschaftswachstum stützen.

<sup>1)</sup> Die Wachstumsprognose für die Jahre 2010 bis 2012 entspricht der kurzfristigen WIFO-Prognose vom Dezember 2010. Für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

<sup>2)</sup> Der Trendoutput (Potentialoutput) beschreibt die von der Angebotsseite bestimmten Möglichkeiten für das Wirtschaftswachstum, wenn die mittelfristig verfügbaren Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Technologie mit "normaler" Intensität genutzt werden (Steindl, 2006).

Das Anspringen der Exportkonjunktur konnte 2010 die Investitionstätigkeit nicht ausreichend beleben (-3,1%), weil die Kapazitätsauslastung zu Jahresbeginn noch sehr gering gewesen war. Im Prognosezeitraum 2011/2015 sollte aufgrund der anhaltend starken Exportnachfrage auch die Investitionstätigkeit zunehmen (Bruttoanlageinvestitionen +2,9% p. a.).

Die in den Jahren 2009 und 2010 wirksam gewordenen Maßnahmen, um der Rezession gegenzusteuern (Steuerreform, Ausweitung der Transfereinkommen, Kurzarbeit), unterstützten die verfügbaren realen privaten Haushaltseinkommen und stabilisierten über einen Anstieg des privaten Konsums die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Im Durchschnitt 2011/2015 wird mit einem Konsumwachstum von 1,2% p. a. gerechnet.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2000/ 2005	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2
Nominell	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0
Verbraucherpreise	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf <sup>1)</sup>	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>2)</sup>	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
	Ø 2001/ 2005	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	4,4	4,5	4,4	4,5	4,4	4,5	4,5	4,4	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	6,9	6,6	6,8	6,9	6,8	6,9	6,9	6,8	6,7
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,7	5,3	6,4	5,4	5,9	6,4	6,6	6,7	6,7
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,6	- 2,0	- 2,4	- 4,1	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 2,1	- 1,8
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,8	11,1	10,3	10,6	10,2	10,0	10,1	10,3	10,7
	Ø 2000/ 2005	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Jährliche Veränderung in %								
Trendoutput, real	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7
	Ø 2001/ 2005	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In % des Trendoutputs								
Output-Lücke, real	- 0,9	- 0,3	- 1,8	- 3,1	- 2,7	- 2,3	- 1,8	- 1,3	- 0,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – <sup>2)</sup> Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler. – <sup>3)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>4)</sup> Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Die beiden Konjunkturpakete und die Steuerreform 2009 sowie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise und die konjunkturbedingte Dämpfung der Steuereinnahmen und Ausweitung der Staatsausgaben ließen den Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte 2009 auf -3,5% und 2010 auf -4,1% des BIP wachsen. Aufgrund der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes und der Konjunkturbelebung scheint eine Rückführung der Defizitquote unter 2% des BIP bis 2015 möglich. Um die Ausgabendynamik nachhaltig zu verringern, sind aber grundlegende Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit, öffentliche Verwaltung und Staatsorganisation sowie Förderungen notwendig.

In der Wirtschaftskrise 2009 ging trotz arbeitsmarktpolitischer Gegenmaßnahmen (wie Kurzarbeit, Schulungen und Bildungskarenz) die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 1,4% zurück, die Zahl der Arbeitslosen (Jahresdurchschnitt 2009: 260.000) erreichte das höchste Niveau seit Mitte der 1950er-Jahre, und die Arbeitslosenquote betrug 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen. Die Konjunkturbelebung im Jahr 2010 brachte eine Ausweitung der Beschäftigung um 1% und einen

Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte mit sich. Die Beschäftigung wird in den Jahren 2011 bis 2015 um 0,6% pro Jahr zunehmen. Da das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot in diesem Zeitraum etwa gleich schnell wächst, ist vor 2014 mit keiner weiteren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, die Arbeitslosenquote dürfte im Durchschnitt bei 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen verharren. Ihre Senkung auf das Niveau vor der Krise (5,8%) bedarf zusätzlicher Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Nach dem Preisverfall von Mitte 2008 bis ins I. Quartal 2009 kehrte sich der Trend auf den internationalen Rohstoffmärkten um. Auch in den kommenden Jahren werden die Rohöl- und Rohstoffpreise anziehen. Die Prognose nimmt einen Anstieg des Rohölpreises mit der Erholung der Weltkonjunktur von 79 \$ je Barrel im Jahr 2010 auf 105 \$ im Jahr 2015 an. Die Anhebung indirekter Steuern im Zuge der Budgetkonsolidierung wird die Inflationsrate im Jahr 2011 um 0,4 Prozentpunkte auf 2,1% steigen lassen. Von anderen inländischen Faktoren werden in den kommenden Jahren kaum inflationäre Effekte erwartet. Im Zeitraum 2011/2015 dürfte die Inflationsrate in Österreich durchschnittlich 1,9% p. a. betragen.

Die in der vorliegenden Prognose unterstellte Erholung der Wirtschaft hängt wesentlich von der Verbesserung der internationalen Konjunktur ab. Sollte sich diese – etwa wegen einer Verschärfung der Staatsschuldenkrise in der EU – nicht im erwarteten Ausmaß einstellen, würde das auch die Belebung in Österreich beeinträchtigen. Ebenso bleibt die Lage der Finanzmärkte und des Bankensystems fragil.

Das reale BIP wuchs in Österreich in den Jahren 2004 bis 2008 deutlich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+¼ Prozentpunkte). Auch der Abschwung im Rezessionsjahr 2009 fiel in Österreich schwächer aus (–0,2 Prozentpunkte), und 2010 war die Erholung um 0,3 Prozentpunkte kräftiger als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Über den Prognosezeitraum 2011/2015 dürfte dieser Vorsprung von durchschnittlich ¼ Prozentpunkt p. a. erhalten bleiben:

- Aufgrund der Schuldenkrise in einigen Ländern des Euro-Raumes<sup>3)</sup> wurden Konsolidierungsmaßnahmen bereits verabschiedet oder vorbereitet. In Österreich ist der Konsolidierungsbedarf deutlich geringer, mit potentiell schwächeren nachfragedämpfenden Auswirkungen.
- Die Volkswirtschaften der neuen EU-Länder in Ostmitteleuropa sowie in Südosteuropa dürften in den kommenden Jahren wieder stärker wachsen (siehe *Schulmeister*, 2011, in diesem Heft). Österreichische Unternehmen sind auf diesen Märkten sehr gut positioniert (*FIW*, 2010) und werden von der Erholung in diesem Wirtschaftsraum stärker profitieren.
- Gemessen an den Lohnstückkosten hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in den letzten 10 Jahren verbessert (*Guger – Leoni*, 2007, *Hözl – Leoni – Zulehner*, 2009). Diese Entwicklung dürfte anhalten und sich mittelfristig positiv auf die Exportwirtschaft auswirken (*European Commission*, 2010, Tables 28, 31).
- In Österreich wurde die Krise nicht wie in einer Reihe von Euro-Ländern durch das Platzen einer Immobilienpreisblase verschärft. Die bessere Finanzsituation der privaten Haushalte in Österreich begünstigt deren Konsumnachfrage (*Walterskirchen*, 2009).
- Die Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der letzten Jahre sollte sich in Österreich mittelfristig positiv auf die Wirtschaft auswirken.

---

**Positives Wachstumsdifferential zum Euro-Raum bleibt erhalten**

<sup>3)</sup> Griechenland und Irland sind aktuell betroffen; für Portugal, Spanien und Italien weisen das Differential der langfristigen Zinssätze für Staatsanleihen zu Deutschland sowie die aktuelle Höhe von Budgetdefizit und Staatsschulden (jeweils in Prozent des BIP) auf eine potentielle Gefährdung hin (*European Commission*, 2010, Tables 34, 37, 42).

## Mittelfristig verstärken Exporte das Wachstum, Binnenkonjunktur verhalten

Die Belebung des Welthandels bewirkt eine Zunahme der österreichischen Exporte um durchschnittlich 6,2% pro Jahr. In der Folge wächst die heimische Wirtschaft um 2,2% p. a. Die Wachstumsrate des realen Trendoutputs wird in der Prognoseperiode 1,7% nicht überschreiten. Die Output-Lücke wird sich von -3,1% im Jahr 2010 bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf -0,8% verringern.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2012 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 2010 auf (Ederer, 2011, in diesem Heft). Die mittelfristigen Berechnungen wurden mit dem WIFO-Makromodell erstellt (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005) und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schulmeister (2011, in diesem Heft). An dieser Stelle sollen die für die Österreich-Prognose wichtigsten internationalen Entwicklungen daher nur sehr kurz umrissen werden.

In den Jahren 2011 und 2012 gewinnt die internationale Konjunktur wieder an Schwung, und die Rezession wird überwunden. Über den gesamten Prognosehorizont von 2011 bis 2015 wird das Wachstum in den USA und im Euro-Raum 2,7% bzw. 1,9% p. a. erreichen. In den neuen EU-Ländern dürfte in den kommenden fünf Jahren die durchschnittliche BIP-Steigerung 3,7% p. a. betragen. Durch die starke Dynamik in den großen Schwellenländern (China, Indien, Brasilien) wird die Weltwirtschaft jährlich um 4,5% wachsen. Die Rohölpreise werden von 79 \$ je Barrel im Jahr 2010 auf 105 \$ im Jahr 2015 anziehen, und die Preise der anderen Rohstoffe werden durchschnittlich um 3,7% pro Jahr steigen. Zudem wird unterstellt, dass der Euro gegenüber dem Dollar von 1,33 \$ im Jahr 2010 bis 2012 auf 1,20 \$ abwertet und dann bis 2015 wieder auf 1,35 \$ steigt (für weitere Details siehe Schulmeister, 2011, in diesem Heft).

### Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 2000/2005	Ø 2005/2010	Ø 2010/2015
Jährliche Veränderung in %			
Bruttoinlandsprodukt, real			
Euro-Raum	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,9
23 OECD-Länder <sup>1)</sup>	+ 2,0	+ 0,8	+ 2,5
	Ø 2001/2005	Ø 2006/2010	Ø 2011/2015
Dollar je ECU bzw. Euro			
Wechselkurs	1,09	1,36	1,27
\$ je Barrel			
Erdölpreis, Brent	34,2	75,1	98,2

Q: Europäische Kommission, OECD, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.

Österreich geriet durch die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren. Wegen der engen internationalen Verflechtung wird auch die Erholung der Konjunktur in Österreich von der internationalen Entwicklung bestimmt. Die realen Exporte werden in den Jahren 2011 bis 2015 voraussichtlich um 6,2% pro Jahr ausgeweitet. Da sich die realen Importe mit +5,8% etwas weniger dynamisch entwickeln, wird die österreichische Wirtschaft weiter von positiven Nettoexporten profitieren.

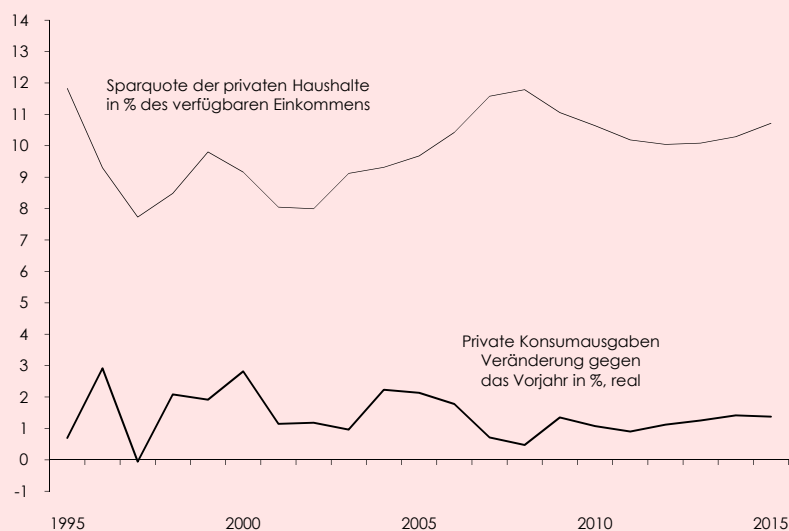
### Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2000/2005	Ø 2005/2010	Ø 2010/2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Jährliche Veränderung in %									
Konsumausgaben									
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
Staat	+ 0,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	± 0,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,0	- 0,5	+ 2,9	- 3,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,7
Ausrüstungen	+ 0,1	- 0,5	+ 4,8	- 2,0	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,6	+ 5,3	+ 5,4
Bauten	- 0,7	- 1,3	+ 1,2	- 4,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0
Exporte	+ 5,8	+ 1,7	+ 6,2	+ 9,7	+ 7,0	+ 6,4	+ 6,1	+ 5,9	+ 5,9
Importe	+ 5,1	+ 0,6	+ 5,8	+ 8,0	+ 5,7	+ 5,7	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

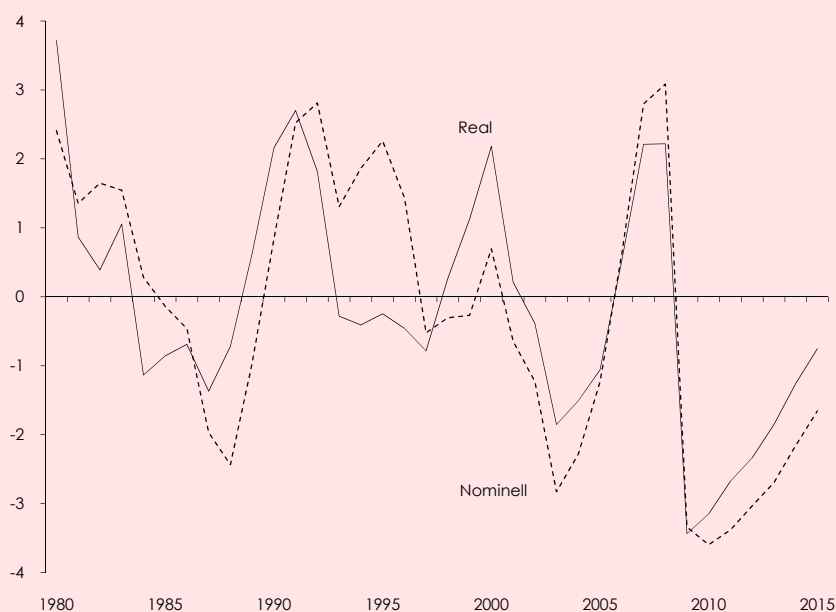
Die Ausrüstungsinvestitionen wurden aufgrund der starken Unterauslastung der Kapazitäten auch 2010 eingeschränkt (-2,0%). Mit der Ausweitung der Warenexporte dürften sie sich ab 2011 allmählich erholen (+4,8% p. a.). Die Bauwirtschaft wird nicht mehr an die Wachstumsraten der Fünfjahresperiode vor der Krise anschließen können, als vor allem der Tiefbau sehr stark expandierte. Die Investitionsprojekte staatsnaher Unternehmen (BIG, ASFINAG und ÖBB), die 2010 wirksam wurden und die Baukonjunktur stützten, konnten den Rückgang des privaten Wohnungsbaus aber nicht ausgleichen, sodass die Bauinvestitionen 2010 um 4% sanken. Für die Periode 2011/2015 wird von einem Anstieg der Bauinvestitionen um etwa 1,2% p. a. ausgegangen.

Abbildung 1: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2: Output-Lücke in % des Trendoutputs

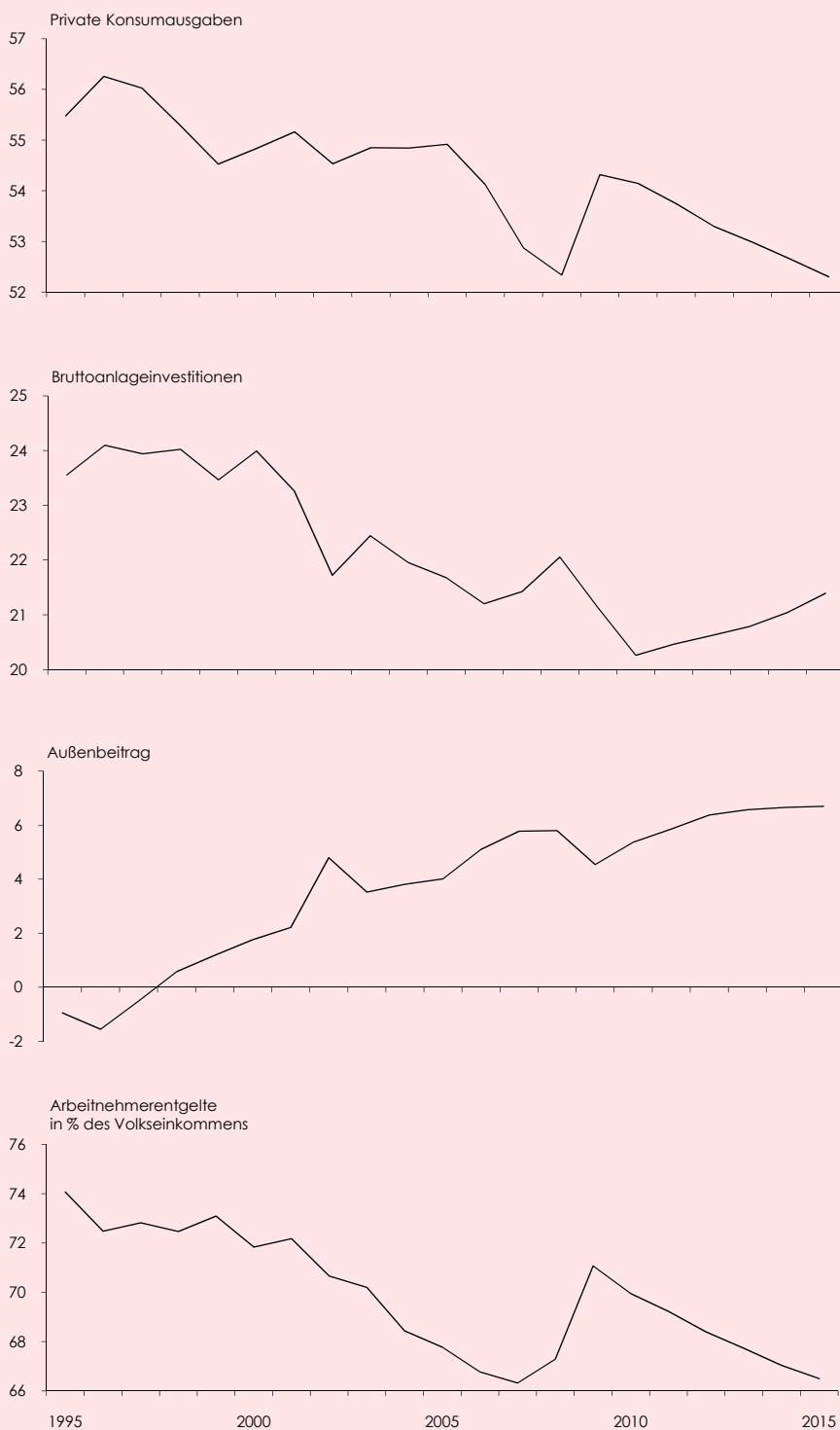


Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2009 und 2010 wurden die Konsumausgaben durch die Steuerreform und die Ausweitung von Transfereinkommen stimuliert und trugen zur Stabilisierung der Wirtschaft bei. Der private Konsum wird 2011/2015 um 1,2% pro Jahr ausgeweitet werden. Die Sparquote dürfte, nach dem Anstieg 2002/2009 um 3 Prozentpunkte auf gut 11%, bis 2012 auf 10% sinken und danach wieder leicht steigen.

Abbildung 3: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Nach dem rezessionsbedingten Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2009 um 3,9% wird die Wirtschaft 2010 um 2% und im Verlauf der nächsten 5 Jahre um durchschnittlich 2,2% pro Jahr wachsen. Nominell wird die Wirtschaftsleistung, nach -3,1% im Jahr 2009, 2010 um 3,2% und danach um 3,9% p. a. zunehmen.

Das Trendwachstum wird mit Hilfe eines Produktionsfunktionsansatzes geschätzt (Kaniowski *et al.*, 2008). In den 10 Jahren vor der Wirtschaftskrise expandierte der reale Trendoutput um 2¼% p. a. Durch den rezessionsbedingten Einbruch der Investitionstätigkeit in den Jahren 2009 und 2010 schrumpfte der Trendkapitalstock. Die Trendkomponente des Arbeitsvolumens erhöhte sich 2009 mit +0,8% schwächer als in den Vorjahren und kehrt 2010 und 2011 wieder auf einen Wachstumspfad von +1% zurück, fällt aber danach auf +0,7% jährlich zurück. Der faktorspezifische technische Fortschritt wird durch eine Verbesserung des eingesetzten Humankapitals (Anstieg der Akademikerquote) und durch eine Steigerung des Anteils von Informations- und Kommunikationstechnologien am Kapitalstock erreicht. In der Prognose verflacht die Zunahme der Akademikerquote im Zeitverlauf geringfügig. Der Anteil der Informations- und Kommunikationstechnologie am Kapitalbestand wird ab 2011 konstant gehalten. Die beiden faktorspezifischen Quellen für technischen Fortschritt dämpfen im Prognosezeitraum den Produktivitätsanstieg.

Unter den dargestellten Annahmen verringerte sich die Wachstumsrate des realen Trendoutputs 2010 auf 1,7% und wird bis zum Ende des Prognosezeitraumes +1,7% p. a. nicht überschreiten.

Die reale Output-Lücke – gemessen als relative Abweichung des aktuellen Outputs vom Trendoutput – war zwischen 2007 und 2008 positiv (2,2%) und verschlechterte sich 2009 auf -3,4% bzw. 2010 auf -3,1% des Trendoutputs. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes sollte sich diese Lücke auf -0,8% verringern. Diese Entwicklung bedeutet die größte Abweichung vom Trendoutput seit 1976 (dem Beginn des Schätzzeitraumes).

Zur Abfederung der realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beschloss die österreichische Bundesregierung für die Krisenjahre 2009 und 2010 neben umfangreichen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung auch zwei Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete<sup>4)</sup>. Zusammen mit der Wirkung der automatischen Stabilisatoren, bereits vor der Krise beschlossenen ausgabenintensiven Maßnahmen<sup>5)</sup> sowie dem Reformstau in Bereichen mit hoher Ausgabendynamik (etwa Gesundheit, Pensionen, öffentliche Verwaltung; Aiginger – Pitlik – Schratzenstaller, 2010) verschlechterten diese Maßnahmen die Budgetsituation der öffentlichen Hand beträchtlich. Das gesamtstaatliche Defizit stieg von 0,5% des BIP 2008 auf 3,5% 2009 und erreichte 2010 4,1% des BIP. Ohne Gegensteuern wären für die Jahre 2011 bis 2014 ein durchschnittlicher negativer Budgetsaldo von etwa 4% und ein Anstieg der Schuldenquote von etwa 60% im Jahr 2008 auf über 75% des BIP zu erwarten gewesen.

Das von der Bundesregierung Ende 2010 beschlossene Konsolidierungspaket umfasst – wie auch der geltende Bundesfinanzrahmen – den Zeitraum von 2011 bis 2014 und gibt damit den mittelfristigen Budgetpfad vor. Das Volumen der Konsolidierungsmaßnahmen steigt von 2,6 Mrd. € 2011 (0,9% des BIP) auf 4,8 Mrd. € (1,5% des BIP) im Jahr des Vollausbaus 2014. Über den gesamten Zeitraum hinweg erreicht das kumulierte Konsolidierungsvolumen 15,5 Mrd. €. Unterstützt durch die automatische Saldenverbesserung aufgrund der erwarteten Beschleunigung des Wirtschaftswachstums senken die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen bereits 2012 das Defizit des Gesamtstaates unter die Maastricht-Obergrenze von 3% des BIP; bis 2015 erscheint eine Verringerung unter 2% des BIP möglich.

## Konjunkturerholung und Konsolidierung senken Budgetdefizit

*Durch die geplanten Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie die konjunkturbedingte Verbesserung des Steueraufkommens sollte das Budgetdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraumes unter 2% des BIP sinken. Diese Entwicklung wird jedoch dadurch beeinträchtigt, dass grundlegende Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit, öffentliche Verwaltung und Staatsorganisation (Föderalismusreform) sowie Förderungen noch ausstehen.*

<sup>4)</sup> Vgl. zu den Maßnahmen der Konjunkturpakete im Detail sowie ihren erwarteten makroökonomischen Effekten Breuss – Kaniowski – Schratzenstaller (2009).

<sup>5)</sup> Insbesondere das "Anti-Teuerungspaket" vom Frühjahr 2008 und die Beschlüsse des Nationalrates vom September 2008; Details zu den Maßnahmen und ihren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte diskutieren Aiginger – Pitlik – Schratzenstaller (2010).



Angesichts des Ausmaßes der Konjunkturerholung erscheint der angestrebte mittelfristige Budgetpfad aber verhalten. Zwar wird das Defizit ein Jahr früher unter das Maastricht-Limit gedrückt als von der Europäischen Kommission (allerdings unter einer viel pessimistischeren Annahme zum mittelfristigen Konjunkturverlauf) empfohlen (*European Commission, 2009B, 2009C*). Die weiteren Reduktionsschritte ab 2012 sind mäßig, und der Empfehlung der Europäischen Kommission, auch das strukturelle Defizit ab 2012 in jährlichen Schritten von 0,5% des BIP zu verringern, wird nicht vollständig entsprochen.

Das Konsolidierungspaket setzt sich knapp zur Hälfte aus Steuererhöhungen zusammen, darunter Verbrauchs- bzw. Verkehrssteuern, einer Bankenabgabe und der Anhebung einiger vermögensbezogener Steuern. Gut 50% entfallen auf Einsparungen im Bundesbudget, die sämtliche Ressorts betreffen. Die Bundesregierung erwartet eine Stabilisierung der Schuldenquote bei etwa 72% des BIP ab 2013.

Eine gesamthafte Sicht der Verschuldungssituation der öffentlichen Hand hat darüber hinaus die außerbudgetären Schulden zu berücksichtigen: Die Finanzverbindlichkeiten der wichtigsten Unternehmen des Bundes (ÖBB, ASFINAG, BIG) steigen im Zeitraum 2007 bis 2011 von 8,7% des BIP auf 12,4% des BIP. Hinzu kommen die außerbudgetären Schulden der Länder und Gemeinden; hier betragen allein die langfristigen Verbindlichkeiten<sup>6)</sup> bezogen auf das BIP des Jahres 2011 5%.

Übersicht 4: Staat

	Ø 2000/ 2005	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,1
Laufende Ausgaben	+ 2,5	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,5
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0
	Ø 2001/ 2005	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,6	- 2,0	- 2,4	- 4,1	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 2,1	- 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der Zuwachs der laufenden Ausgaben, der 2010 auch aufgrund der Konjunkturbelebungsmaßnahmen 3,8% erreichte und im vorhergehenden Fünfjahreszeitraum 4,1% p. a. betragen hatte, wird im Prognosezeitraum durch die Konsolidierungsmaßnahmen gedämpft. Mit im Durchschnitt +2,9% p. a. wird das Ausgabenwachstum deutlich unter jenem des nominellen BIP (+3,9% p. a.) liegen. Allerdings kann die Ausgabendynamik in jenen Bereichen, die langfristig als Kostentreiber wirken, mit den bisher beschlossenen Maßnahmen kaum gebremst werden. Die Sicherstellung der langfristigen finanziellen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen setzt grundlegende Strukturreformen insbesondere in den Bereichen Gesundheit (vor allem Spitalswesen), öffentliche Verwaltung bzw. Staatsorganisation (Föderalismusreform) sowie Förderungen voraus. Diese können mittelfristig erhebliche Einsparungen erbringen (*Pitlik – Budimir – Gruber, 2010*), die nicht nur zur Deckung des mittelfristigen Konsolidierungsbedarfs erforderlich sind. Vielmehr sind sie auch langfristig unabdingbar zur Bewältigung der aus Klimawandel, demographischem Wandel und dem Wandel hin zur Wissensgesellschaft resultierenden Herausforderungen an die öffentlichen Haushalte.

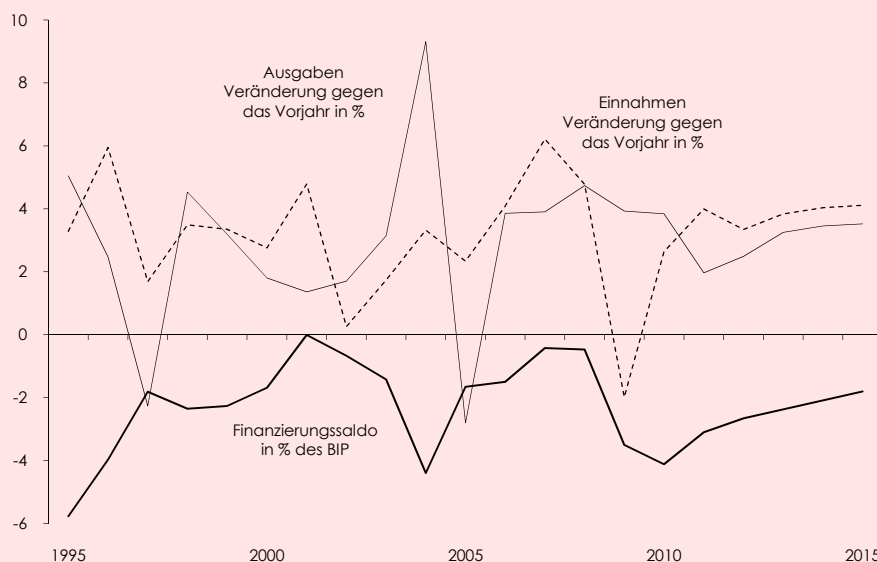
Die laufenden Einnahmen der öffentlichen Hand waren im Jahr 2009 krisenbedingt und aufgrund der zur Stabilisierung der Realwirtschaft vorgezogenen Lohn- und Einkommensteuerreform eingebrochen. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen erholten sie sich durch die schnellere Konjunkturbelebung bereits 2010 (+2,6%). Insbe-

<sup>6)</sup> Verbindlichkeiten auf Länderebene Stand Ende 2009, auf Gemeindeebene Stand Ende 2008.



sondere die Verbrauchssteuern erwiesen sich als wesentlicher Faktor zur Stabilisierung der Steuereinnahmen; darin spiegelt sich die trotz der Krise stabile Entwicklung des privaten Konsums. Aber auch die Gewinnsteuereinnahmen (veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) expandierten 2010 überraschend stark. 2011/2015 werden die gesamten Staatseinnahmen um 3,9% p. a. wachsen. Besonders stark steigen dürften die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (kontinuierliches Wachstum des privaten Konsums), aus der Lohnsteuer (Zunahme der Beschäftigung, Anstieg von Löhnen und Gehältern pro Kopf) sowie aus den Gewinnsteuern.

Abbildung 4: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Wieweit eine Budgetkonsolidierungsstrategie Wachstum und Beschäftigung mittelfristig beeinträchtigt, hängt entscheidend von ihrer Einbettung in eine Gesamtstrategie ab. Die kurzfristig kaum vermeidbare Phase negativer Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kann unter bestimmten Bedingungen gering gehalten werden, sodass mittelfristig die positiven Wirkungen einer nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte überwiegen (Aiginger – Schratzenstaller, 2010). Dazu muss erstens die Konsolidierungsstrategie glaubwürdig und nachhaltig angelegt sein. Zweitens sollten Ausgabenreduzierungen überwiegen und auf die Kürzung von Zukunftsinvestitionen (Bildung, Forschung und Entwicklung, Wissenschaft, Umwelt) verzichtet werden. Vielmehr sind neben effizienzsteigernden Reorganisationsmaßnahmen in diesen Bereichen forcierte Ausgaben zu empfehlen (Aktivkomponente). Sollen drittens, was u. a. mit Fairnessabwägungen begründet werden kann, auch Steuererhöhungen zur Konsolidierung beitragen, dann sollten solche Steuern Priorität erhalten, die möglichst wachstums- und beschäftigungsfreundlich sind, auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Rücksicht nehmen, möglichst eine doppelte Dividende liefern und die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen mildern können. Eine Beachtung dieser Grundsätze findet sich in den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung nur ansatzweise. Diese enthalten eine Reihe punktueller Einzelmaßnahmen, deren Einbettung in Strukturreformen auf der Ausgabenseite sowie in eine wachstums- und beschäftigungsfördernde ökosoziale Steuerreform noch aussteht.

Die Budgetprognose unterliegt einigen Risiken und Unwägbarkeiten. Zunächst geht sie davon aus, dass die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im erwarteten Umfang umgesetzt werden. Auch wird angenommen, dass Länder und Gemeinden zusammen das von der Bundesregierung erwartete Defizit<sup>7)</sup> von 0,6% des BIP in den nächsten Jahren nicht überschreiten. Angesichts der Defizite in den Jahren 2009 und 2010 von knapp 1% des BIP bedarf es aber stärkerer Anstrengungen von Ländern und Gemeinden, um dieses Ziel zu erreichen. Die Intensität der Konsolidierungsbemühungen der Gebietskörperschaften wird nicht zuletzt von der Neuverhandlung des österreichischen Stabilitätspaktes abhängen, die jedoch auf das Frühjahr 2011 verschoben wurde. Auch ein weiterer Finanzbedarf der notverstaatlichen Banken (z. B. Hypo Alpe Adria Group), wie er nicht auszuschließen ist, würde das Budget belasten. Nicht auszuschließen ist darüber hinaus ein durch die Schuldenkrise im Euro-Raum bedingter Anstieg der Zinsen auf die Staatsschuld. Er würde aufgrund des Neuverschuldungsbedarfs auf die Zinszahlungen durchschlagen. Wird einer möglichen Verschärfung der Schuldenkrise im Euro-Raum durch eine weitere Intensivierung der Konsolidierungsmaßnahmen begegnet, so könnte dies die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit die Konjunkturbelebung im Euro-Raum dämpfen. Dies würde auch die Wirtschaftsentwicklung in Österreich beeinträchtigen und die Sanierung der öffentlichen Haushalte verzögern.

## Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 6,8% betragen. Aufgrund der Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes dürfte nach der günstigen Entwicklung im Jahr 2010 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bis ins Jahr 2013 auf 257.000 steigen. Bis zum Ende der Prognoseperiode sollte sie geringfügig auf etwa 250.000 zurückgehen.

Im Konjunkturaufschwung zwischen 2003 und 2008 nahm die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten mit +1,6% p. a. kräftig zu. Sowohl die Voll- als auch die Teilzeitbeschäftigung wurden deutlich ausgeweitet, und die Teilzeitquote stieg über den Durchschnitt der EU. Aufgrund der Wirtschaftskrise nahm die unselbständige Beschäftigung 2009 um 1,4% ab (Sachgütererzeugung -6,0%). Ohne die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wäre dieser Rückgang noch massiver ausgefallen (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2009, Mahringer, 2009). 2010 verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge der Konjunkturerholung deutlich. Trotz eines Beschäftigungsüberhangs aufgrund von "labour hoarding" aus dem Vorjahr nahm die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 1% zu (in der Sachgütererzeugung hingegen nochmals um 1,3% ab), und die Arbeitslosenquote ging gegenüber 2009 um 0,3 Prozentpunkte auf 6,9% zurück. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen verringerte sich um knapp 10.000 auf einen Stand von 251.000 im Jahresdurchschnitt, der allerdings noch um 38.000 über dem Niveau des Jahres 2008 lag. Das erwartete BIP-Wachstum von real 2,2% p. a. sollte in der Periode 2011/2015 eine Ausweitung der Beschäftigung um durchschnittlich 0,6% pro Jahr ermöglichen. Es wird aber nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote weiter zu verringern, zumal das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften ebenfalls deutlich wächst (+0,6% p. a.).

Ab Mai 2011 wird für alle Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern die volle Freizügigkeit gelten (für Rumänien und Bulgarien ab 2014, sofern Österreich die volle Dauer der Übergangsfristen von 7 Jahren ausschöpft); für Fachkräfte aus den neuen EU-Ländern wurde der Zugang bereits im Jahr 2009 zum Teil liberalisiert. Bisher war der offizielle Zustrom an Arbeitskräften aus den zehn 2004 beigetretenen Ländern aufgrund der Übergangsfristen für die Arbeitskräftefreizügigkeit geringer als vor dem Beitritt erwartet. Die größten Migrationsströme aus diesen Ländern betrafen Großbritannien und Irland. Nach dem Ende der Übergangsfristen dürfte sich dieser Trend zwar nicht im bisherigen Ausmaß fortsetzen, das Angebot an Arbeitskräften aus diesen Ländern wird ab Mai 2011 (bzw. ab Jänner 2014) über dem Niveau der Vorjahre liegen. Ein größerer Ansturm von Arbeitskräften auf den österreichischen Arbeitsmarkt wird jedoch nicht erwartet. Das tatsächliche Ausmaß der Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern wird stark von den Beschäftigungsmöglichkeiten (insbesondere im Tourismus, im Einzelhandel und in der Bauwirtschaft) und damit vor allem von der Wirtschaftsentwicklung in Österreich, aber auch von der Dynamik in den angrenzenden ostmitteleuropäischen Ländern abhängen. Trotz einer überwiegend positi-

<sup>7)</sup> Sowohl der mittelfristige Finanzrahmen als auch der Bundesvoranschlag 2011 gehen bis 2014 von einer jährlichen Neuverschuldung von Ländern und Gemeinden von insgesamt 0,6% des BIP aus.

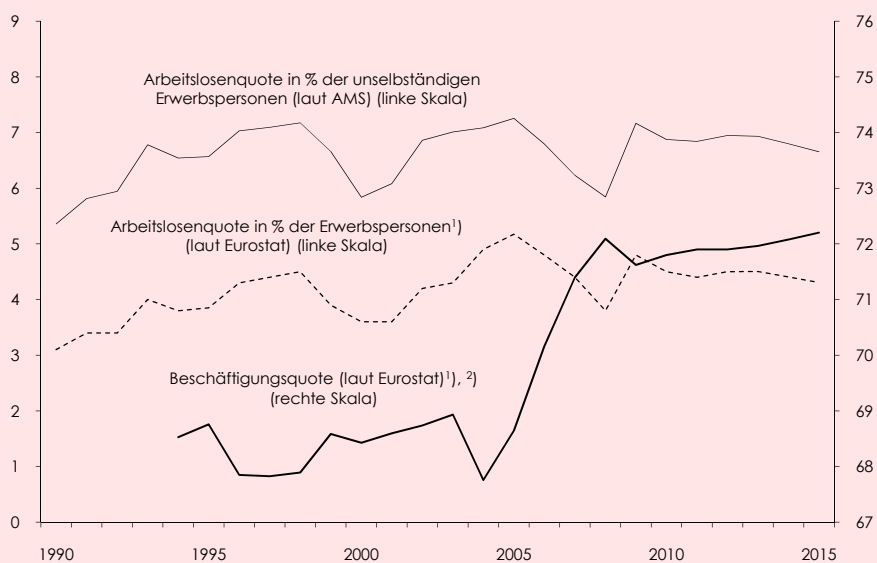
ven Wirtschaftsentwicklung in den Nachbarländern seit dem Beitritt 2004 (vor allem in den Grenzregionen der Slowakei) sind die Lohnunterschiede zwischen Österreich und den neuen EU-Ländern noch immer groß genug, um Arbeitsplätze in Österreich attraktiv zu machen.

#### Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2001/ 2005	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Arbeitslosenquote In % der Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	4,4	4,5	4,4	4,5	4,4	4,5	4,5	4,4	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>2)</sup>	6,9	6,6	6,8	6,9	6,8	6,9	6,9	6,8	6,7
	Ø 2000/ 2005	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Jährliche Veränderung in %								
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>3)</sup>	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Arbeitslose	+ 5,4	- 0,2	- 0,1	- 3,7	± 0,0	+ 2,2	+ 0,3	- 1,4	- 1,5
Produktivität <sup>4)</sup>	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Lohn- und Gehaltssumme <sup>5)</sup> Pro Kopf <sup>6)</sup>	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,7
	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>2)</sup> Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – <sup>3)</sup> Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener. – <sup>4)</sup> BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – <sup>5)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>6)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Abbildung 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Labour Force Survey. – <sup>2)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Nach der vorliegenden Prognose wird die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2013 auf gut 257.000 steigen (+6.400 gegenüber 2010) und danach etwas sinken (bis 2015 -7.600). Für den Durchschnitt der Periode 2011/2015 wird mit einer Arbeitslosenquote von 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat-Definition gerechnet. Auch die Arbeitslosenquote dürfte erst gegen Ende der Prognoseperiode leicht zurückgehen (auf 6,7%).

## Preisauflrieb beschleunigt sich geringfügig

Die Entwicklung der Inflationsrate war in den letzten Jahren stark vom Verlauf der internationalen Rohöl- und Rohstoffpreise beeinflusst. Sowohl der Anstieg der Inflationsrate (gemäß dem Verbraucherpreisindex) auf knapp 4% im Jahresverlauf 2008 (3,2% im Jahresdurchschnitt) als auch der Rückgang auf -0,3% im Juli 2009 (Jahresdurchschnitt +0,5%) und der neuerliche Anstieg auf 1,8% im Jahr 2010 waren maßgeblich auf die Schwankungen der Mineralölproduktpreise zurückzuführen. Die Kerninflationrate bewegte sich in den letzten drei Jahren zwischen 0,9% und 2,9% (Baumgartner, 2009).

Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis von 79 \$ je Barrel im Jahr 2010 auf 105 \$ im Jahr 2015 ansteigt und die Preise der anderen Rohstoffe (agrarisches und Montanressourcen) auf Dollarbasis um 3,7% p. a. steigen. Für den Dollar-Euro-Wechselkurs werden zudem eine Abwertung von 1,33 \$ im Jahr 2010 bis 2012 auf 1,20 \$ und dann bis 2015 eine Aufwertung auf 1,35 \$ angenommen. Für die Weltmarktpreise von Industriewaren (auf Dollarbasis) wird eine Erhöhung um lediglich 0,5% p. a. unterstellt (Schulmeister, 2011, in diesem Heft).

### Übersicht 6: Deflatoren

	Ø 2000/ 2005	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Jährliche Veränderung in %								
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
Exporte	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
Importe	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,9	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung werden ab 2011 einige indirekte Steuern angehoben (Mineralölsteuer, Tabaksteuer, CO<sub>2</sub>-Zuschlag im Rahmen der Normverbrauchsabgabe, Einführung einer Flugticketabgabe). Einschließlich der dadurch zusätzlich anfallenden Umsatzsteuereinnahmen (Ausweitung der Bemessungsgrundlage) tragen diese Steuererhöhungen im Jahr 2011 etwa 0,4 Prozentpunkte zum Preisauflrieb bei, die Inflationsrate wird auf 2,1% anziehen.

Neben dem Verlauf der Energie- und Rohstoffnotierungen sowie den Änderungen von indirekten Steuern und Gebühren bestimmen die Entwicklung der Lohnstückkosten sowie die Wettbewerbspolitik die Preisentwicklung. Von diesen Faktoren werden in Zukunft nur geringe inflationäre Effekte ausgehen. Die Löhne werden auf das leichte Anziehen der Inflation und die Verbesserung der Arbeitsmarktlage reagieren: Im Prognosezeitraum 2011/2015 ist mit einer Beschleunigung des jährlichen Anstiegs der Pro-Kopf-Nominallohne von +2,0% auf +2,9% zu rechnen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendrucks, werden 2011/2015 um 1% p. a. zunehmen. Nach einem Rückgang von 0,4% im Jahr 2010 dürften die Reallöhne pro Kopf bis 2015 kontinuierlich um 0,5% p. a. steigen. Damit nimmt die Differenz zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität von 1,4 auf 0,6 Prozentpunkte ab. In den kommenden Jahren wird sich der Preisauflrieb verstärken, für die Periode 2011/2015 wird mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1,9% gerechnet.

## Risiken und Unsicherheiten

Die vorliegende mittelfristige Prognose für Österreich beruht auf der Annahme, dass die internationale Realwirtschaft die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise überwindet und kein neuerlicher Konjunkturrückschlag eintritt. Sollte sich die internationale Konjunktur (besonders im Euro-Raum) nicht im unterstellten Ausmaß verbessern (z. B. wegen einer massiven Ausweitung der Verschuldungskrise im Euro-Raum oder eines kräftigen Anstiegs der Rohstoffpreise), würde das auch die Belebung der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigen. Zudem ist die Lage der Finanzmärkte und des Bankensystems noch immer fragil.

Weiters ergeben sich aus der Verwendung eines ökonometrischen Prognosemodells Einschränkungen durch methodische Probleme. Grundsätzlich basieren die ge-

geschätzten Modellparameter überwiegend auf der Stützperiode 1976/2008 (d. h. vor Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2009/10). Sollten sich die Verhaltensweisen der Wirtschaftsakteure (Unternehmen, private Haushalte, Staat in Österreich und im Ausland) nachhaltig verändert haben, so bleibt dies mangels entsprechender Daten unberücksichtigt.

- Aiginger, K., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich: Ausgangslage und Erfolgsbedingungen", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(3), S. 219-232, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38963&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38963&typeid=8&display_mode=2).
- Aiginger, K., Schratzenstaller, M., "Budgetkonsolidierung unter schwierigen Rahmenbedingungen – Zehn Leitlinien und erste Erfahrungen in der EU", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(12), S. 941-954, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40977&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40977&typeid=8&display_mode=2).
- Baumgartner, J., "Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Inflation", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 955-960, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37847&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37847&typeid=8&display_mode=2).
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display_mode=2).
- Ederer, St., "Aufschwung setzt sich fort, Risiken bleiben bestehen. Prognose für 2011 und 2012", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(1), S. 3-16, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41146&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41146&typeid=8&display_mode=2).
- European Commission (2009A), "Impact of the Current Economic and Financial Crisis on Potential Output", European Economy, Occasional Paper, 2009, (49).

## Literaturhinweise

### *Growth is Gaining Momentum Owing to Exports, Domestic Demand Remains Sluggish*

#### *Medium-term Forecast for the Austrian Economy until 2015 – Summary*

Led by a dynamic export growth real GDP in Austria grew by 2 percent in 2010. Between 2011 until 2015 the Austrian economy is expected to grow by 2.2 percent. The annual growth rate of trend output will average at 1.7 percent in the forecast period, ¼ percentage point below the average of the 10 years before the crisis.

The world economy has overcome the cyclical trough sooner than anticipated and expanded by 4.5 percent in 2010. This growth rate is expected to persist during the period from 2011 to 2015. The revival of world trade will cause an increase of Austrian exports by an average of 6.2 percent per year. As import growth is slightly lower at 5.8 percent, net exports will contribute to GDP growth. The pick-up in export activity in 2010 failed to spur investment (-3.1 percent) sufficiently as capacity utilisation remained low at the beginning of the year. Owing to the sustained and dynamic export growth, investment activity is expected to pick up in the forecast period and gross fixed capital formation will expand by an average of 2.9 percent per year.

The economic policy measures that came into effect in 2009 and 2010 propped up real disposable income of households and stabilised the domestic demand by an increase of private consumption expenditure. For the years 2011-2015 private consumption is forecast to expand by 1.2 percent per year. The savings ratio is expected to rise again from 2013 onwards.

The economic policy measures aimed at mitigating the economic crisis as well as the cyclical decline in tax revenues have made the budget deficit rise to 3.5 percent and 4.1 percent in 2009 and 2010, respectively. Due to the consolidation and the improvement of the economic situation a reduction of the deficit ratio below 2 percent of GDP by 2015 seems within reach. To curb the growth in public spending in the long run, fundamental structural reforms in health care, public administration and subsidies are necessary.

In the wake of the economic crisis of 2009 the number of employees declined by 1.4 percent despite countervailing labour market policies. The number of unemployed persons (an annual average of 260,000 persons) reached the highest level since the middle of the 1950s and the unemployment rate equalled 7.2 percent. The revival of economic activity in 2010 led to an increase in the number of employees by 1 percent and reduced the unemployment rate by 0.3 percentage points. The number of employees will rise by 0.6 percent per year in 2011-2015. As the domestic and the foreign supply of labour will expand roughly at the same rate, labour market conditions are not likely to ease further until 2014. The unemployment rate is expected to remain at 6.8 percent on average.

Following a fall in commodity prices from mid-2008 until early 2009 the trend in international commodity markets reversed. In the coming years the prices of crude oil and other commodities will continue to rise. The increase in indirect taxes in the course of the fiscal consolidation will raise the inflation rate by 0.4 percentage points to 2.1 percent in 2011. Hardly any inflationary effects are expected from other domestic factors in the coming years. An average annual inflation rate of 1.9 percent is expected for Austria in 2011-2015.

- European Commission (2009B), "Excessive Deficit Procedure Steps: The Stability and Growth Pact as the Anchor for Fiscal Exit Strategies", Press release IP/09/1694, 11. November 2009.
- European Commission (2009C), Austria – Commission Assessment in Relation to the Commission Recommendation for a Council Decision and Recommendation under Articles 104.6 and 104.7 of the Treaty, Brüssel, 2009, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication16188\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication16188_en.pdf).
- European Commission, "European Economic Forecast – Autumn 2010", European Economy, 2010, (7), [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2010/pdf/ee-2010-7\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-7_en.pdf).
- FIW, Österreichs Außenwirtschaft 2010, Wien, 2010, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41015&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41015&typeid=8&display_mode=2).
- Gaggl, P., Janger, J., "Wird die aktuelle Rezession nachhaltige Auswirkungen auf das Produktionspotenzial in Österreich haben?", Geldpolitik und Wirtschaft, 2009, (Q3), S. 27-57, [http://www.oenb.at/de/img/gewj\\_2009\\_q3\\_analyse02\\_tcm14-142507.pdf](http://www.oenb.at/de/img/gewj_2009_q3_analyse02_tcm14-142507.pdf).
- Guger, A., Leoni, Th., "Internationale Lohnstückkostenposition 2006 verbessert", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 815-824, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30284&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30284&typeid=8&display_mode=2).
- Hölzl, W., Leoni, Th., Zulehner, Ch., "Internationale Lohnstückkostenposition 2008 leicht verbessert", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 703-714, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36769&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36769&typeid=8&display_mode=2).
- IMF, World Economic Outlook, October 2009. Chapter 4: What's the Damage? Medium-term Output Dynamics after Financial Crisis, Washington D.C., 2009, S. 121-151, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/pdf/c4.pdf>.
- Kaniovski, S., Pitlik, H., Steindl, S., Url, Th., "A Decomposition of Austria's General Government Budget into Structural and Cyclical Components", WIFO Working Paper, 2008, (316), [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31859&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31859&typeid=8&display_mode=2).
- Mahringer, H., "Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 967-978, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display_mode=2).
- Pitlik, H., Budimir, K., Gruber, N., "Optionen einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(3), S. 247-267, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38965&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38965&typeid=8&display_mode=2).
- Schulmeister, St., "Kräftige Erholung der Weltwirtschaft. Mittelfristige Prognose bis 2015", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(1), S. 37-48, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41149&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41149&typeid=8&display_mode=2).
- Steindl, S., "Potentialwachstum in Österreich. Schätzung und Diskussion der angebotsseitigen Wachstumschancen", WIFO-Monatsberichte, 2006, 79(12), S. 881-891, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=27902&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=27902&typeid=8&display_mode=2).
- Walterskirchen, E., "Immobilienkrise – mehr als der Auslöser der Finanzmarktkrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 943-950, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37845&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37845&typeid=8&display_mode=2).